

AUSGABE VOM 25. NOVEMBER 2022

## Schüsse auf Essener Synagoge: Hintergründe schnell aufklären

Nach den Schüssen auf die Alte Synagoge in Essen fordert der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann eine schnelle und vollständige Aufklärung der Hintergründe der Tat in der Nacht von 17. auf den 18. November, bei der Ermittler von einer extremistisch und antisemitisch motivierten Tat ausgehen. Er dankte Ministerpräsident Wüst, dass NRW am Mittwoch im Landtag ein klares und deutliches Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt hat und lobte Innenminister Reul, für den hohen Fahndungsdruck der Polizei, der bereits erste konkrete Erfolge aufweise. „Aber auch Berlin muss seine Anstrengungen erhöhen. Wir schützen jüdisches Leben in unserem Land. Erinnern heißt handeln!“, so der Sprecher für Antisemitismusbekämpfung und Politische Kriminalität der CDU/CSU-Fraktion, der die Bundesregierung im Innenausschuss zum Sachstand befragen wird.

## Generalaussprache des Bundestages zum Haushalt 2023

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Bundesregierung „handwerklich miserables Regierungshandeln“ vorgeworfen. In der Generalaussprache des Bundestages zum Haushalt 2023 stellte Merz der Ampel-Koalition ein miserables Zeugnis für die ersten zwölf Monate ihrer Amtszeit aus. Besonders bemängelte Merz vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine die schleppende Stärkung der Bundeswehr und das fehlerhafte Management der Energiekrise. Auch auf die Energiekrise gibt die Regierung nach Auffassung von Merz nur unzureichende Antworten. „Der Energieverknappung begegnet man am besten mit einer drastischen Ausweitung des



„Zu spät und zu kompliziert“: CDU-MdB Michael Breilmann warf der Bundesregierung in seiner [Haushaltsrede](#) schwere Versäumnisse in der Bau- und Wohnungspolitik vor. (Foto: Privat)

Angebots“, betonte der Fraktionschef. Dazu gehöre unter anderem die Kernenergie, solange sie zur Stabilisierung der Grundlast benötigt werde. Merz kritisierte, dass die Regierung die Nöte der Bürger, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, außer Acht lasse. Auch ignoriere sie, dass der Wirtschaft das Wasser bis zum Hals stehe. Als Beispiel führte er die schleppende Umsetzung der Gaspreisbremse ins Feld.

Mit den Stimmen der Ampel wurde auch der Haushalt für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen verabschiedet. Ein [Änderungsantrag](#) der Union erhielt keine Mehrheit. Der Etat des Ressorts sieht Ausgaben in Höhe von 7,33 Milliarden Euro vor. CDU-MdB Michael Breilmann kritisierte in der Debatte die Wohngeldreform der Bundesregierung als „gut ge-

meint, aber schlecht gemacht“. Die Wohngeldstellen hätten kein Personal, um die zu erwartende Antragsflut bewältigen zu können. Viele Haushalte auch in der Region Recklinghausen würden daher lange auf das Geld warten müssen. Auch fänden sich im Vergleich zum letzten Haushalt viele kommunalrelevante Minderausgaben, wie zum Beispiel im Bereich des altersgerechten Umbaus. Er sprach sich für einfachere Bauverfahren, eine Harmonisierung der Bauvorschriften und bessere Rahmenbedingungen für Investoren aus. „Die Ampel handelt nach dem Prinzip Hoffnung und verstrickt sich in einem ideologischen Knäuel. Deutschland kann mehr“, so Breilmann abschließend.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

um die Regierung zu kontrollieren, stellt man als Abgeordneter u.a. Fragen und bittet um Auskunft zu relevanten Sachverhalten. Ich wollte als Innenpoli-



tiker jüngst wissen, ob und wann die Regierung die Auslieferung des per Haftbefehl gesuchten Verschwörungsideologen Hildmann aus der Türkei betreibt. Trotz der verfassungsrechtlichen Pflicht der Regierung, Informationsansprüche des Parlaments zu erfüllen, resümiert FDP-Justizstaatssekretär Strasser in seiner ablehnenden Antwort an mich, dass „nach sorgfältiger Abwägung“ das Informationsinteresse des Parlaments hinter den berechtigten Interessen an einer effektiven Zusammenarbeit in Belangen der Strafverfolgung zurücktrete. Das ist dreist und ich bezweifle mal stark, dass der geschätzte Kollege an meiner Stelle mit seiner eigenen Antwort einverstanden wäre. Eigentlich wollte die Ampel-Koalition zu einer Transparenz-Koalition werden und hat zu Beginn der Ampelregierung einen anderen Stil, einen anderen Umgang, ein neues Miteinander zugesagt. Ich muss heute feststellen: wenn es um Macht geht, ist es schnell zu Ende mit der vielbeschworenen Toleranz, dem Respekt vor anderen Meinungen und Minderheitenrechten. Ich lasse mich davon aber nicht klein kriegen: Diese Regierung MUSS kontrolliert werden. Dafür bin ich gewählt und darauf können sich die Menschen in der Region auch künftig verlassen.

Ihr

*Michael Breilmann*

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



## Zivilschutz: Ampel-Etat schadet auch Region

Der Bundestag hat am Donnerstag den Etat 2023 des Bundesinnenministeriums abschließend beraten. Die Union kritisierte in der Debatte, dass der vorgelegte Etat den Erfordernissen der inneren Sicherheit, der zivilen Verteidigung und des Bevölkerungsschutzes nicht gerecht werde. So habe der Entwurf deutliche Kürzungen bei der Bundespolizei, beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und beim Technischen Hilfswerk vorgesehen. Die CDU/CSU-Fraktion hatte sich in den laufenden Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, dass der Katastrophen- und Zivilschutz generell im Bundeshaushalt stärker berücksichtigt wird. „Von der angekündigten Zeitenwende ist im BMI-Haushalt nichts zu spüren - im Gegenteil. Wir haben bis zuletzt mehr Geld für die Bevölkerungsschutzbehörden und das THW gefordert. All das hat die Ampel abgelehnt. Dabei braucht der Zivil- und Katastrophenschutz auch in NRW und der Region Recklinghausen modernes Gerät und Ausrüstung, um im Notfall den Bürgern schnell zur Seite stehen zu können.“, so MdB Breilmann.

## Bayerns Alt-Ministerpräsident zu Gast in Berlin



Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (CSU) war am Montag zu Gast bei CDU-MdB Michael Breilmann in Berlin. Der Meinungsaustausch zu Herausforderungen der Innen- und Sicherheitspolitik sowie des Bevölkerungsschutzes knüpfte an den Vortrag von Beckstein Anfang des Monats in Waltrop an. „Ich freue mich über die Fortsetzung unseres konstruktiven Austausches“, so Breilmann. Die Einschätzung eines der erfahrensten Unions-Innenpolitiker sei für seine Tätigkeit im Innenausschuss bei der Bekämpfung von Antisemitismus, Extremismus und politischer Kriminalität von größter Bedeutung. Der Alt-Ministerpräsident lud Breilmann in seine fränkische Heimat zum Besuch des NS-Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und des historischen Saals 600 der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse ein. Der Bund fördert den Erhalt dieser historischen Zeugnisse als Mahn- und Erinnerungsorte. (Bild: Privat)

## Gespräch mit Zentralverband der Ingenieurvereine



Das Ziel 11 der UNESCO „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ war am Freitag Gesprächsthema beim Besuch des Zentralverbandes der Ingenieurvereine (ZBI) bei MdB Michael Breilmann in Berlin. Vielfältig nutzbare Orte, eine bezahlbare Infrastruktur und attraktive, klimagerechte Lebensräume müssen aus der Sicht des ZBI vorrangige Ziele kommender Planungen sein. „In einem industriell geprägten Flächenland wie NRW sind die Herausforderungen für eine nachhaltige Gestaltung der Städte und Gemeinden besonders vielschichtig“, so Breilmann. Bleiben im Austausch: (v.l.n.r.) ZBI-Vizepräsident Heinz Leymann, ZBI-Vizepräsidentin Ute Zeller, MdB Michael Breilmann und ZBI-Präsident Wilfried Grunau. (Bild: Privat)

## Bürgergeld: Bundestag und Bundesrat stimmen zu

Bundestag und Bundesrat haben am Freitag dem Kompromiss beim „Bürgergeld“ zugestimmt, das ab 1. Januar „Hartz IV“ ersetzen soll. Kernpunkt der Einigung ist die Regelung, dass gegen Langzeitarbeitslose, die eine Mitwirkung mit der Arbeitsagentur verweigern, vom ersten Tag an Sanktionen verhängt werden können. Das Schonvermögen wird verringert und die Karenzzeit, in der die finanziellen Verhältnisse nicht überprüft werden, halbiert. Die Gewährung der Leistungen für Langzeitarbeitslose bleibt an klare Bedingungen geknüpft. „Das setzt auch künftig Anreize, damit Menschen möglichst schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Die Scholz-Regierung wollte Arbeitslose zunächst ohne Sanktionen lassen, auch, wenn sie Arbeitsangebote ablehnten. Im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat konnten CDU und CSU ihre Vorstellungen weitgehend einbringen. Der Systemwechsel zu einem bedingungslosen Grundeinkommen wurde verhindert. Beim Bürgergeld geht es also auch weiterhin um die Vermittlung in Arbeit. Und Arbeit muss sich lohnen!“, so CDU-MdB Michael Breilmann.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 19 der 20. Wahlperiode

25. November 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler